

Antrag auf Baustopp gescheitert

Von Helmut Frangenberg, 10.09.09, 23:33h, aktualisiert 11.09.09, 09:46h

FDP und Grüne sind im Rat mit ihrem Antrag zum Baustopp für den Godorfer Hafen gescheitert. SPD und CDU zeigten sich weiterhin von der Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus überzeugt.



Die Gegner des Hafenausbaus in Godorf demonstrierten vor dem Rathaus für die sofortige Aufgabe der Ausbaupläne. (Bild: Grönert)

Köln - FDP und Grüne sind mit ihrem Antrag zum Baustopp in Godorf gescheitert. Nachdem die FDP ihr ursprüngliches Papier, das einen sofortigen Ausstieg aus dem Hafenprojekt beinhaltete, zurückgezogen hatte, bekam auch ein zurückhaltender formulierte gemeinsame Antrag mit den Grünen keine Mehrheit. Dort war gefordert worden, den Ausbau „bis auf weiteres unverzüglich zu stoppen“. Außerdem sollte die Hafengesellschaft ihre Beschwerde gegen den vom Verwaltungsgericht verhängten Baustopp zurückziehen.

Granitzka unbeeindruckt

CDU-Fraktionschef Winrich Granitzka zeigte sich in der Hafendebatte unbeeindruckt - vom Antrag der FDP und der Grünen und auch von der CDU-internen Opposition aus dem Kölner Süden. Die hatte nach dem Gerichtsurteil gehofft, die Union werde eine Wende in ihrer Hafenpolitik vornehmen. Doch das war mit Granitzka nicht zu machen: Das Gericht habe nur aus formalen Gründen entschieden, inhaltlich gebe es nichts Neues. „Wir haben keine Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des Hafenausbaus.“ Er verwies darauf, dass ein Stopp in Godorf zu neuen Belastungen im Kölner Norden führen werde. „Wir tragen Verantwortung für die gesamte Stadt.“

Um den Hafengegnern in der CDU-Fraktion eine Abstimmung zu ersparen, überraschte Granitzka mit einem erfolgreichen Antrag zur Geschäftsordnung: Der Antrag von FDP und Grünen sei nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts gegenstandslos, behauptete der CDU-Fraktionschef. Deshalb könne man ohne Abstimmung zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen. Nach dem Motto: Die CDU ist weiter für den Hafenausbau - aber das muss in der Ratssitzung ja nicht unbedingt durch eine weitere Abstimmung dokumentiert werden.

Der Geschäftsordnungstrick verwunderte nicht nur die Hafengegner bei Grünen, FDP und Linken, die von einem „Verstoß gegen die demokratische Kultur“ sprachen. Auch die SPD wollte gerne noch einmal ihre unveränderte Position für einen Ausbau des Godorfer Hafens vortragen. Unklar blieb, wie sich die beiden großen Parteien verhalten werden, wenn das Oberverwaltungsgericht in einigen Wochen über die Berufung gegen das Kölner Urteil entscheidet.